

BESCHLUSS

GRÜNE NETZPOLITIK

DIGITALE TEILHABE ERMÖGLICHEN – CHANCEN FÜR BADEN- WÜRTTEMBERG NUTZEN

Das Internet und die modernen Informationstechnologien haben unseren Alltag, unsere Kommunikation, unsere Gesellschaft tiefgreifend verändert. Die Politik muss sich diesen Veränderungen stellen. Sie muss neue Antworten auf alte und neue Fragen geben.

Wir Grünen begreifen Netzpolitik als Querschnittsthema, das unterschiedliche Politikfelder und politische Ebenen betrifft. Wir müssen unsere Grundwerte und Grundorientierungen auf die digitale Gesellschaft übertragen. Wie ist in Zukunft gesellschaftliche Teilhabe angesichts der Veränderungen durch die digitale Revolution möglich? Welche Potenziale – aber auch Risiken entstehen, und wie lässt sich eine soziale, freie, demokratische und ökologische Gesellschaft unter den Bedingungen des digitalen Zeitalters realisieren?

Ein zentraler grüner Grundwert ist die Teilhabegerechtigkeit. Teilhabegerechtigkeit bedeutet die Möglichkeit für jede Bürgerin und jeden Bürger, die Grundrechte entfalten zu können. In der entstehenden Wissensgesellschaft wird das Internet immer mehr zu dem Medium, das gesellschaftliche Teilhabe – also den Zugang zu Arbeit, Bildung und Demokratie – ermöglicht. Entsprechend wird der Zugang zum Internet selbst zu einer Frage der Teilhabegerechtigkeit. Umgekehrt gilt aber auch: Wo das Internet den Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe sicherstellt, wird es zu einer politischen Herausforderung, Teilhabe auch für diejenigen zu ermöglichen, die „offline“ bleiben möchten oder müssen.

Wir Grünen sehen in der digitalen Revolution eine große Chance für den Industrie- und Dienstleistungsstandort Baden-Württemberg. Die Netzwirtschaft kann zu einer grünen Spitzentechnologie werden. Um diese Chance zu nutzen, müssen allerdings die politischen Rahmenbedingungen verändert werden. Wir Grünen machen uns insbesondere für das Feld der grünen Informationstechnologie („Green-IT“) stark, um Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft voranzubringen. Hier kann Baden-Württemberg technologischer Spitzenreiter werden.

Informationstechnologie als Chance für Wirtschaft und Arbeit und eine digitale Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger gehören zusammen. Wir Grünen fordern daher vier netzpolitische Schwerpunktprojekte für die Landespolitik: den breiten Ausbau der technischen Infrastruktur, die Förderung der grünen Informationstechnik und der baden-württembergischen Netzökonomie, eine konsequente Umsetzung freier Zugänge zu Netzinhalten und den starken Ausbau demokratischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe im Netz.

Zugang zum Internet gewährleisten – niemanden ausschließen

Wir Grünen setzen auf den konsequenten Ausbau der Netzinfrastruktur. Den Zugang zum schnellen Internet verstehen wir als Bestandteil der Daseinsvorsorge. Im Jahr 2009 hatten etwa 70 % der Bevölkerung in Deutschland Zugang zum Internet (76 % der Männer, 62 % der Frauen). Menschen die keinen Zugang zum Internet haben, nehmen mit steigendem Alter und bei geringerem Einkommen erheblich zu. Insgesamt betrachtet sind etwa zwei Drittel der Anschlüsse in Deutschland Breitband-Zugänge. Zwar sind in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich mehr Menschen online, dennoch werden diese Zahlen im europäischen Vergleich von den nordischen Ländern Island, Finnland, Dänemark und den Nieder-

landen deutlich übertroffen. Zudem gibt es in Baden-Württemberg ein starkes Stadt-Land-Gefälle. Wir Grünen wollen Baden-Württemberg zum Spitzenland beim Netzzugang im europäischen Vergleich machen. Angesichts der technischen Weiterentwicklung sehen wir dabei einen Breitbandzugang als die im Sinne der Daseinsfürsorge angemessene technische Umsetzung des Zugangs zur Internetinfrastruktur an. Daher muss zügig ein Recht auf Breitbandzugang nach schweizerischem und finnischem Vorbild geschaffen werden. Dort sind die Internetprovider verpflichtet, allen Bürger_innen eine schnelle Webverbindung zur Verfügung zu stellen. Davon profitiert besonders der ländliche Raum. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass es hier nicht ausreicht, alleine auf den Markt zu setzen.

Zugang zum Zugang – für alle

Angesichts der Bedeutung digitaler Teilhabe darf niemand vom Internet aus finanziellen oder sozialen Gründen ausgeschlossen werden. Internetterminals in öffentlichen Bibliotheken und kommunalen Gebäuden können dazu beitragen, einen Basiszugang sicherzustellen. Eine weitere Möglichkeit des „Zugangs zum Zugang“ unabhängig vom sozialen Status liegt in freien WLAN-Netzwerken in Dörfern und Städten – entweder in privater Initiative als "Freifunk"-Netzwerk oder als Angebot der Kommune wie es beispielsweise in Paris umgesetzt ist. Wir Grünen wollen uns deshalb, wo wir in kommunaler Verantwortung stehen, für freie Netzwerke als Angebot der Kommunen einsetzen. Das bedeutet gegenüber der unregulierten Verbreitung von WLAN-Spots eine Verringerung der Strahlenbelastung. Grünes Ziel ist es, im Interesse der Allgemeinheit die Strahlenbelastung soweit wie möglich zu minimieren. Dazu gehört eine Senkung der Grenzwerte, gemeinsame Netznutzung und ein besserer Schutz von Kindern, Jugendlichen und Elektrosensiblen.

Netzneutralität und Verbraucherschutz aktiv kontrollieren

In den vergangenen Jahren nimmt die Bedeutung von Internetdiensten, die an das Mobiltelefon gebunden sind, und anderer Formen des mobilen Internets zu. Gerade hier, aber auch für den Breitbandmarkt ist es – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des ehemaligen Telekom-Monopols – wichtig, dass die Bundesnetzagentur Preise und Verträge regelmäßig kontrolliert und auf neue technische Entwicklungen reagiert. Zu dieser Kontrollfunktion der Bundesnetzagentur gehört für uns auch die Durchsetzung des Prinzips der Netzneutralität im Sinne des Ende-zu-Ende-Prinzips im Internet. Das heißt: Unterschiedliche Datenströme müssen gleich behandelt werden. Die Netzbetreiber dürfen nicht zu Türwächtern des Internets werden, sondern müssen Datenpakete von und an ihre Kunden gleich behandeln und ohne Diskriminierung übertragen, unabhängig davon, woher diese stammen. Um diesen Aufgaben gerecht werden zu können, ist eine personelle Aufstockung bei der Bundesnetzagentur notwendig.

Medienpädagogik ausbauen!

Die Medienlandschaft weist mittlerweile eine Fülle von Formaten auf, von denen einige nicht allen Nutzer_innen vertraut sind. Formate wie Web 2.0 sind älteren Menschen weniger geläufig als jüngeren Erwachsenen und Jugendlichen. Andere Angebote wie Computerspiele werden zwar von Menschen jeglicher Altersgruppen genutzt, sind jedoch vielen Eltern, Lehrenden und Erziehenden fremd. Kindern und Jugendlichen muss in Schule, Elternhaus und in der Jugendarbeit Orientierungen im verantwortungsbewussten Umgang mit Medien aller Art vermittelt werden. Das setzt voraus, dass auch Eltern und Lehrende kompetente Mediennutzer_innen sind. Dazu gehört, zu wissen, welche Angebote es gibt, und unterscheiden zu können, welche Inhalte für welches Alter geeignet sind. Das Wissen, technische Aspekte der medialen Geräte zu beherrschen, ist ein weiterer Bestandteil eines kompetenten Umgangs mit Medien. Eltern und Lehrende müssen in der Lage sein, die jungen Menschen kompetent zu begleiten. Wir fordern daher, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um Eltern, Lehrenden und Erziehenden Medienkompetenz zu vermitteln und die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Medienkompetenz stärken heißt: Der junge Mensch lernt, die Rolle der Medien in der Gesellschaft kritisch zu hinterfragen, Bereiche für ihre angemessene Nutzung zu identifizieren, Manipulationsbemühungen durch Interessenverbände aufzudecken, aufrecht und ohne durch

Verfrühung bedingte Schäden durch den Medienschwungel zu navigieren. Kurz: Medienkompetenz als Fähigkeit, die Medien zu beherrschen, statt von ihnen beherrscht zu werden.

Medien spielen nicht nur im Alltag von Kindern und Jugendlichen eine große Rolle, sondern sind auch für ihre Zukunft von maßgeblicher Bedeutung: Die Fähigkeit, Medien qualifiziert und verantwortungsvoll zu nutzen, ist für Kinder und Jugendliche unabdingbare Voraussetzung für ihr späteres berufliches und soziales Leben.

Das Netz ist aus dem Alltag von Jugendlichen und Kindern nicht mehr wegzudenken. Daran muss sich die Politik in ihrem Handeln messen lassen, auch in der Initiative „Kindermedienland“ der Landesregierung. Medienpädagogische Einrichtungen für Eltern und Pädagog_innen sowie Kinder und Jugendliche müssen zur Regel werden. Projekte wie die Initiative „Medienfluten“ der Caritas Stuttgart, die Schüler_innen für den Umgang mit Medien und Internet Orientierung an die Hand gibt, müssen landesweit eingeführt werden.

Medienerziehung muss nicht nur an den Schulen, sondern bereits in Kindertageseinrichtungen Thema sein. Folgerichtig muss eine reflektierte Medienpädagogik fester Bestandteil der Ausbildung für Erzieher_innen und auch der Studiengänge zur frühkindlichen Bildung werden. Klar ist, dass in der Schule Medienpädagogik als Querschnittsaufgabe verstanden werden muss und nicht in einzelne Fächer abgeschoben werden darf. Das muss bei der anstehenden Neustrukturierung der Lehramtsausbildung in Baden-Württemberg berücksichtigt werden, d.h. in allen Lehramtsstudiengängen muss eine zeitgemäße medienpädagogische Grundbildung stattfinden.

Abseits dieser großen Linien vermitteln auch viele kleine Projekte meist unbeachtet von Politik und Öffentlichkeit Medienkompetenz. Dies führt in vielen Fällen zu fruchtbaren Kooperationen, beispielsweise zwischen den Freien Radios und Bildungseinrichtungen wie Schulen und Jugendgruppen. Hier wird nicht über Medienkompetenz palavert, sondern sie wird entwickelt und umgesetzt.

Computerspielerinnen und -spieler nicht kriminalisieren, Jugenschutz stärken

Nach dem Amoklauf von Winnenden wurde in der Öffentlichkeit der Umgang mit Computerspielen und Medien sehr kontrovers und oft unzulässig verkürzt diskutiert. Wir Grünen wenden uns gegen eine Verschärfung des § 131 des Strafgesetzbuchs und damit gegen eine Kriminalisierung von Spieler_innen. Verantwortungsvoller Jugenschutz und die legitimen Interessen der Spieler_innen müssen vereinbar sein.

Über die Stärkung von Medienkompetenz durch Medienpädagogik hinaus sind weitere Schritte zum Schutz der Nutzer_innen vor ungeeigneten Medieninhalten (Gewalt, Pornographie etc.), Cyberbullying und exzessivem Konsum bis hin zu Suchtverhalten zu ergreifen. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen Medienabhängigkeit und Suchtkarrieren geschützt werden.

Wir fordern daher eine grundlegende Reform der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) und eine Weiterentwicklung der Indizierung, um die Mängel des Jugendmedienschutzes bei Computerspielen zu beheben. Ob die bisherigen Kriterien für die Alterseinstufung und Indizierung den problematischen Elementen von Spielen gerecht werden, muss hinterfragt werden. Insbesondere im Hinblick auf Computerspiele muss jedoch die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt werden.

Offline: Zugang darf kein Zwang sein

Zugang zum Internet zu haben, darf kein Zwang sein. Gerade im Hinblick auf die ältere Bevölkerung ist darüber nachzudenken, ob betreute Internet-Dienstleistungen – etwa als Service von Bürgerhäusern und Kommunen – eine Rolle dabei spielen können, eine Schnittstelle zwischen digitaler Teilhabe und der „Offline-Welt“ aufzubauen.

Zentrale Forderungen der Grünen Baden-Württemberg:

- ◆ Zugang zu Breitband muss heute als Teil der Daseinsvorsorge verstanden werden
- ◆ Breitband-Zugang im ländlichen Gebieten Baden-Württembergs massiv ausbauen
- ◆ dem Stand der Technik angemessenen Zugang auch über öffentliche Terminals, freie Netze etc. anbieten und entsprechende Projekte landesweit und vor Ort unterstützen
- ◆ regelmäßige Kontrolle der Preise und Vertragsstrukturen durch die Regulierungsbehörde
- ◆ Netzneutralität gewährleisten – Infrastrukturanbieter dürfen ihre Kapazitäten nicht an Inhalte koppeln
- ◆ Verstärkung medienpädagogischer Programme vor allem in den Einrichtungen der Elementarpädagogik sowie in der Jugend-, Familien- und Elternbildung.
- ◆ Medienpädagogik als Querschnittsaufgabe für alle Fächer im Schulalltag: Bildungsstandards für Medienkompetenz für alle Schulformen und verbindliche Verankerung entsprechender medienpädagogischer Inhalte in Curricula.
- ◆ Verbindliche Verankerung einer medienpädagogischen Grundbildung in der Ausbildung von Erzieher_innen, Lehrer_innen, Erwachsenenbildnern_innen und Sozialpädagogen_innen.
- ◆ mehr medienpädagogische Angebote für Heranwachsende aus Migrationskontexten und bildungsbenachteiligten Milieus sowie Angebote zur geschlechtersensiblen Arbeit in Einrichtungen der außerschulischen offenen wie verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit.
- ◆ Beseitigung der gravierenden Mängel des Jugendmedienschutzes durch eine grundlegende Reform der USK (Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle) und eine Stärkung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) sowie der ihr Handeln steuernden Normen.

Baden-Württemberg zum Vorreiterland der Green IT machen

Auf dem IT-Gipfel in Stuttgart wurde 2009 die Studie „Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geben Impulse für den ITK-Arbeitsmarkt“ vorgestellt. Fazit der Studie war, dass trotz der Wirtschaftskrise mit einem ständigen Wachstum der IT-Branche, bei einem anhaltend großen Personalbedarf, in den nächsten Jahren zu rechnen ist. Bis 2015 werden alleine im Mittelstand 81.000 neue Fachkräfte benötigt. Für die Großunternehmen kommt noch einmal ein Bedarf von fast 100.000 Fachkräften hinzu – bei nur etwa 15.000 Absolvent_innen aus dem Bereich Informatik/ITK, die wiederum dieser Branche auch nicht exklusiv zur Verfügung stehen. Aus diesen Zahlen lassen sich erhebliche Chancen – aber auch Risiken - für den Industrie- und Dienstleistungsstandort Baden-Württemberg ableiten. Neben der Frage des Fachkräftemangels muss bewusst werden, dass der Weg in die Wissensgesellschaft, auf dem wir uns längst befinden, mit einem gravierenden Strukturwandel verbunden ist. Baden-Württemberg kann die mit diesem Strukturwandel verbundenen Chancen für Wirtschaft und Arbeit nutzen. Dafür müssen allerdings jetzt die richtigen Weichen gestellt werden.

Green-IT: Mit grüner Technologie an die Spitze

Die mit dem Ausbau und der zunehmenden Nutzung der Informations- und Kommunikations-Infrastruktur (IuK) verbundene Umweltbelastung darf nicht vernachlässigt werden. Schon heute macht die IuK-Infrastruktur in Deutschland etwa 10 % des jährlichen Energieverbrauchs aus. Weltweit beträgt der CO₂-Ausstoß der IT-Industrie inzwischen in etwa soviel wie der des Flugverkehrs. Und jedes Jahr wird es mehr. Prognosen gehen – parallel zu wachsenden Datenmengen, die im Netz transportiert werden, etwa durch "Cloud Computing" und durch die zunehmende Bedeutung sozialer Medien – von einem stark wachsenden Energieverbrauch aus. Ohne eine konsequente Green-IT-Strategie wird es keinen erfolgreichen Klimaschutz geben. Denn es ist zu befürchten, dass der steigende Energieverbrauch für die IuK die Erfolge in anderen Bereichen, etwa beim Hauswärmeverbrauche, auffrisst.

Green IT ist spätestens seit dem entsprechenden CeBit-Schwerpunkt 2008 zu einem wichtigen Schlagwort geworden. Und der Erfolg der Netbooks zeigt, dass bei den Privatkund_innen der fortwährende „Höher-Schneller-Weiter“-Trend gebrochen ist: Es gibt einen Markt für effiziente

Rechner mit weniger Leistung. "Green-IT" darf aufgrund ökologischer und ökonomischer Gründe kein Schlagwort bleiben, sondern muss in konkrete politische Vorgaben umgesetzt werden. Wir fordern deshalb, den Energieverbrauch pro Gerät deutlich zu reduzieren und den Restverbrauch insgesamt aus regenerativen Energieträgern zu decken, um so eine klimaneutrale Teilhabe an der digitalen Gesellschaft zu ermöglichen. Neben der Energie- und Klimafrage sind mit der Produktion der IuK-Infrastruktur weitere sozial-ökologische Herausforderungen verbunden. So trägt das Mobiltelefon als "Wegwerfgerät" zur Verknappung einiger seltener Metalle bei. Die Produktionsbedingungen in der globalisierten Hardware-Industrie sind häufig sozial wie ökologisch fragwürdig. Deshalb setzen wir uns für die Möglichkeit der Nachrüstung von Hardware ein, der Computer darf nicht länger als Wegwerfprodukt verstanden werden. Des Weiteren unterstützen wir grüne Webhoster, die "Öko-Hosting" betreiben. Dazu gehören unter anderem Strom sparende Server und eine Energieversorgung mit erneuerbaren Energien. Die Rechenzentren des Landes und der Kommunen sollten aus grüner Sicht hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Bei der Beschaffung von Rechnern sind höhere ökologische Standards auch im Bezug auf Herstellung und Entsorgung zu setzen. Wir Grünen fordern darüber hinaus, ein europaweites verpflichtendes Labeling von IT-Produkten mit guter Energiebilanz.

Auch beim Green-IT gilt: Grün ist, was Arbeitsplätze schafft. In Baden-Württemberg arbeiteten 2006 knapp 95.000 Menschen in der IT-Branche. 8300 Unternehmen erwirtschafteten einen Umsatz von 21 Milliarden Euro. Hardware-Produktion gibt es bei uns im Land fast nicht mehr. Baden-Württemberg ist ein Software-Land. Unsere heimischen Softwareentwickler_innen haben Einfluss auf die Entwicklung der Hardware. Sie sollen den Weg der Effizienz gehen und an dieser Entwicklung mitwirken. Es ist Zeit für ein Ressourcen schonendes SAP. Baden-Württemberg hat das Potenzial, zum High-Tech-Standort in Forschung, Produktion und Betrieb von grüner Informationstechnologie zu werden. Die Konzentration auf dieses Feld muss politisch gefördert werden.

Gute Arbeit in der digitalen Gesellschaft

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft haben wir es mit massiven Veränderungen in der Arbeitswelt zu tun. Dies betrifft nicht nur die Menschen in der Informationswirtschaft, sondern alle Beschäftigten. Es gibt kaum noch Tätigkeiten, die nicht auf einer informationstechnologischen Grundlage aufbauen - von der an die Warenbuchhaltung angeschlossenen Scannerkasse im Supermarkt über den Fahrtencomputer im LKW und die computergesteuerte Fertigung bis zur flächendeckenden Durchsetzung des PCs und der E-Mail-Kommunikation im Büro. Berufe sterben aus, gleichzeitig entstehen ganz neue Berufe. Branchen befinden sich im Strukturwandel; in vielen Branchen - auch im öffentlichen Sektor - führt die digitale und vernetzte Datenverarbeitung zu deutlichem Personalabbau. Wenn wir uns beispielsweise für "digitale Behördengänge" stark machen, müssen wir auch diese Kehrseite der informationstechnischen Rationalisierung im Blick haben.

Gleichzeitig verändern sich mit dem Weg in die Wissensgesellschaft auch die Ansprüche an gute Arbeit. Gute Arbeit in der digitalen Gesellschaft bedeutet beispielsweise, danach zu fragen, ob emanzipatorische Potenziale der Informationstechnik auch genutzt werden, ob Spielräume für mehr Autonomie geschaffen werden - oder ob es bloß um die Einpassung des Menschen in digitale Steuerungen geht. Die Frage danach, wie Tätigkeiten bewertet werden, stellt sich neu. Wie kann Teleheimarbeit und flexible Arbeit so gestaltet werden kann, dass die soziale Einbindung in den Betrieb nicht abreißt? Wie steht es um den Arbeitnehmerdatenschutz?

Nicht zuletzt ist es die Informationswirtschaft selbst, in der sich die Frage danach stellt, was gute Arbeit ausmacht - neben Weltunternehmen und starken KMUs findet ein großer Teil der informationswirtschaftlichen Tätigkeiten im Rahmen von Freelancing, Alleinselbstständigkeit und Kleinstunternehmen und in Projektform statt. In Form kollaborativen Arbeitens entwickeln und gestalten unterschiedliche Akteure gemeinschaftlich ein Projekt, etwa in Co-Working-Spaces - eine Initiative, die wir befürworten.

Klassische Arbeitspolitik, die sich am langfristig beschäftigten Arbeitnehmer bzw. an der langfristig beschäftigten Arbeitnehmerin orientiert, greift hier vielfach nicht mehr: es muss zum Beispiel darum gehen, wie eine sinnvolle soziale Absicherung für Alleinselbständige aussehen kann. Hinzu kommt die Thematik der weltweiten Auslagerung von Arbeit.

Das Feld guter Arbeit in der digitalen Gesellschaft ist damit nur angerissen. Für uns Grüne ist klar: das sind Entwicklungen, die wir im Auge behalten müssen, und die eben auch diskutiert werden müssen, wenn es um die digitale Revolution geht.

Fachkräfte qualifizieren

Hier gibt es sowohl auf Seiten der Arbeitsagenturen in Bezug auf Umschulungen als auch bezüglich der Unterrichtsgestaltung an Schulen einigen Nachholbedarf in Sachen Medienpädagogik. Den Umgang mit Neuen Medien zu erlernen und dabei sowohl auf Gefahren als auch auf Potenziale aufmerksam gemacht zu werden, hilft jungen Menschen in ihrem persönlichen und beruflichen Leben gleichermaßen weiter. Auch an Hochschulen soll die Einrichtung entsprechender Studiengänge im Internet-Umfeld gefördert und verwandte Studiengänge stets aktuell mit Bezügen zum Web angereichert werden. Der bereits vorhandene Fachkräftemangel bremsen diesen Wirtschaftszweig enorm und muss daher politisch bekämpft werden. Wir Grünen setzen uns deshalb für einen massiven Ausbau der Informatik, ITK und Medienpädagogik im gesamten Bildungssektor in Baden-Württemberg ein.

Freie Open-Source-Software: selbstbestimmt und wirtschaftlich erfolgreich

Wir begrüßen die breite Verwendung von freier Open-Source-Software. Dahinter steckt die Überzeugung, dass in Software verankerte Strukturen zunehmend Kontrolle über unsere alltäglichen Handlungsmöglichkeiten gewinnen. Daher ist es von essentieller Bedeutung, dass die Kontrolle über diese Software nicht bei einzelnen großen Herstellern liegt, sondern bei der Allgemeinheit. Hierfür bilden die vier Freiheiten der freien Software – verwenden, verstehen, verändern, verbreiten – eine notwendige Grundlage. Denn sie machen einen transparenten Software-Entwicklungsprozess erst möglich. Sie stellen außerdem rechtlich und technischer sicher, dass Software zumindest im Nachhinein überprüft und bei Bedarf angepasst werden kann.

Im IT-Sektor arbeiten sehr viele Firmen mit freier Software und verdienen ihr Geld mit Anpassungen und Support. Wir wünschen uns hier eine Vorreiterrolle der öffentlichen Hand und auch des Landes. Denn gerade Open-Business-Modelle, wie die Freie-Software-Branche, bieten zukunftssichere Arbeitsplätze und schaffen nachhaltige Innovationen. Es gilt, an Hochschulen und in öffentlichen Institutionen – auch in der öffentlichen Beschaffung – solche Modelle durch Ausbildung von qualifiziertem Personal und die intensive Nutzung der Angebote zu unterstützen.

Verbraucherschutz

Für Verbraucher_innen, die sich im Internet bewegen, ist Verbraucherschutz ein wichtiges Thema. Denn mit stetiger Zunahme der Internetnutzer_innen steigt die Zahl schwarzer Schafe im Netz. Das Internet darf nicht zum Fangnetz von Betrüger_innen für unwissende Verbraucher_innen werden. So hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen ein eigenes Portal eingerichtet, weil viele ihre Rechte im Netz nicht kennen. Wir Grüne meinen: Surfer_innen haben Rechte. Wir unterstützen alle dabei, diese einzufordern und im Netz durchzusetzen. Wir wollen durchsetzungsstarke Verbraucherrechte auch im digitalen Raum. Es muss einfach und klar erkennbar sein, wo die kostenlose Internetwelt aufhört und kostenpflichtige Angebote beginnen. Wer online etwas kauft, muss die gleichen Rechte haben wie bei einem Einkauf im Laden um die Ecke.

Zentrale Forderungen der Grünen Baden-Württemberg:

- ◆ Wir machen uns stark für eine grüne Netzökonomie und schaffen damit Arbeitsplätze in einem Zukunftsfeld in Baden-Württemberg

-
- ◆ Den Fachkräftemangel in der IT-Branche gezielt durch Weiterbildungsangebote und einen Ausbau der Studienplätze in Baden-Württemberg beheben
 - ◆ Auch in der digitalen Gesellschaft setzen wir uns für Standards guter Arbeit ein
 - ◆ Den Anteil von Open-Source-Software im öffentlichen Sektor deutlich erhöhen
 - ◆ Den Verbraucherschutz im Netz stärken
 - ◆ Flächendeckenden Breitbandausbau in Baden-Württemberg

Teilhabe heißt auch: Freier Zugang zu Inhalten

Für uns Grüne ist klar, dass der Zugang zu Inhalten im Netz wichtiger und sich der Kampf um diese Inhalte in den nächsten Jahren weiter verschärfen werden. Sei es bei der Frage von öffentlichen Inhalten, dem Urheberrecht, der staatlichen Kontrolle von Inhalten oder dem barrierefreien Zugang zu Inhalten. Dabei geht es im Kern um Eigentumsrechte. Wir Grünen lehnen eine Monopolisierung und Einschränkung des Zugangs zu Netzinhalten ab, denn die beste Infrastruktur nutzt nichts, wenn damit kein Zugang zu Inhalten besteht. Dabei sind für uns Grüne drei Fragen zentral: Welche Inhalte sollen staatliche und öffentlich geförderte Stellen bereitstellen? Wie soll die Kontrolle und die Freiheit von Netzinhalten ausgestaltet werden? Wie kann ein barrierefreier Zugang zu Inhalten gewährleistet sein?

Offene Standards fördern den ungehinderten Zugang

Eine wichtige Grundlage für den ungehinderten und barrierefreien Zugang zu Inhalten im Netz liegt in der Verwendung offener Standards für Dokumente aller Art. Sie verhindern, dass ein einzelner Anbieter Monopolstrukturen für Software aufbauen kann, um in proprietären Formaten gehaltene Dokumente zu lesen und zu bearbeiten. Zudem ermöglichen offene Standards den langfristigen Zugriff auf digitale Dokumente.

Informationsfreiheit und Open-Data-Prinzip

Wir Grünen fordern und begrüßen das Recht auf Informationsfreiheit, d.h. den Zugriff von Bürger_innen und Verbänden auf öffentliche Daten. Denn zur demokratischen Teilhabe gehört die größtmögliche Transparenz des staatlichen Handelns, um eine Nachvollziehbarkeit von politischen Prozessen und Verwaltungsakten zu ermöglichen. Dazu gehört auch, dass großer Wert auf die Auffindbarkeit und Sichtbarkeit öffentlich bereitgestellter Informationen gelegt wird. Der Informationsanspruch im Sinne des Rechts auf Informationsfreiheit muss individuell erleichtert werden. Im Sinne der Informationsfreiheit sollen staatliche Stellen bereits von sich aus so viele Daten wie möglich im Internet veröffentlichen – solange keine Persönlichkeitsrechte verletzt sind, keine Geheimhaltung erforderlich ist oder andere rechtliche Hürden dem im Weg stehen ("private Daten schützen, öffentliche Daten nützen"). Hierfür soll im Sinne des Open-Data-Prinzips Infrastruktur bereitstehen, die dies mit möglichst wenig Aufwand ermöglicht. Für bestimmte Daten bieten sich dabei "APIs" und Datenstandards an, d.h. computerlesbare Schnittstellen beispielsweise zu Umweltmessdaten, Abstimmungsergebnissen oder Haushaltskennziffern - am besten in einem landesweit einheitlichen Format, so dass eine Weiterverarbeitung der Daten problemlos möglich ist. Damit wird zugleich die Möglichkeit beispielsweise für Lokalzeitungen - aber auch andere Anbieter lokaler Inhalte - geschaffen, Mehrwert und gleichzeitig ein Mehr an Demokratie durch die nutzerfreundliche Aufbereitung dieser Daten zu produzieren.

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch per Internet

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist durch den Rundfunkstaatsvertrags in seinen Online-Angeboten eingeschränkt worden. Dabei könnte er gerade hier im Sinne seines Informationsauftrages und als Forum des öffentlichen Diskurses wirken. Wir Grünen wollen das Internet als dritte Säule fest neben Radio und Fernsehen etablieren. Daher halten wir es für falsch, dass der Rundfunkstaatsvertrag dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Internet - wohl aus Rücksicht auf die Medienbranche - enge Fesseln anlegt. Wir setzen uns dafür ein, den Rundfunkstaatsvertrag so zu ändern, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einem klar definierten Rahmen im

Internet agieren kann. Dazu können auch Informationsangebote ohne engen Sendungsbezug gehören, wenn damit Aufgaben - etwa in der Verbraucherinformation - erfüllt werden, die anderswo nicht geleistet werden. Gegen das Prinzip, im Netz bereitgestellte Sendungen nach kurzer Frist löschen zu müssen, setzen wir das Vorbild des britischen BBC, das Rundfunkarchiv im Netz langfristig öffentlich zugänglich zu machen und weitere Verwendungen des so bereitgestellten Materials zu erlauben.

Open Access – offenen Zugang zu Forschungsergebnissen sicherstellen

Öffentlich geförderte Forschungsprojekte – sowohl die öffentlich geforderte Drittmittelforschung als auch öffentlich grundfinanzierte Einrichtungen wie Hochschulen – oder die Fraunhofer- und Max-Planck-Institute – sollen dazu verpflichtet werden, ihre Forschungsergebnisse und Publikationen im Sinne eines "Open Access" kostenfrei und zeitnah im Internet zugänglich zu machen. Dieses Prinzip soll insbesondere auch für die Ressortforschung der Ministerien und für Gutachten und Studien gelten, die von Ministerien und Landesbehörden direkt in Auftrag gegeben wurden. Die Aufgabe, Wissen zu archivieren und bereit zu halten, muss in der digitalen Gesellschaft von Bibliotheken und Archiven neu interpretiert werden. Dazu gehört beispielsweise der Zugang zu und die Bereithaltung von Metadaten und ergänzenden Informationen. Anstrengungen beispielsweise der Universitätsbibliotheken in Richtung einer Förderung von "Open Access" müssen unterstützt werden. Wo immer es urheberrechtlich möglich ist, sollen Bibliotheken und Archive darin gefördert werden, digitale Volltexte öffentlich zur Verfügung zu stellen. Für alle diese Angebote der öffentlichen Hand sollten offene Formate verwendet werden, die nicht abhängig von bestimmten Softwareanbietern sind.

Für ein zukunftssicheres Urheberrecht

Der leichte Zugang zu Filmen, Musik, Büchern und anderen Medien über Internet-Tauschbörsen u. ä. hat zu anderen Nutzungs- sowie Bezahlgewohnheiten geführt und ist eine Herausforderung für Urheber_innen, Rechteverwerter_innen, die Justiz und den Gesetzgeber geworden. Künstler_innen und Musiker_innen leben von der Verwertung ihrer kreativen Produkte, deshalb müssen wir Wege finden, um ihnen weiterhin eine angemessene Vergütung zu ermöglichen. Maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft des Netzes, der Kultur und neuer Unternehmensmodelle hat deswegen eine zukunftssichere Regelung des Urheberrechts. Wir Grüne sprechen uns entschieden gegen die pauschale Kriminalisierung von unlizenzierter Nutzung im privaten, nicht-kommerziellen Kontext aus. Die Verteufelung von Nutzer_innen als „Räuber“ und „Piraten“, die derzeit vor allem von der Medienindustrie propagiert wird, ist unverhältnismäßig und verliert die kulturellen und technischen Realitäten aus dem Auge. Im Kampf gegen die so genannte "Internetpiraterie" gerät dabei immer öfter die Privatsphäre der Bürger_innen ebenso unter die Räder wie der freie Zugang zu Wissen und kulturellen Werken. Digital Rights Management (DRM) sowie die Verfolgung und Bestrafung von digitalen Privatkopien lehnen wir entschieden ab und wollen die in den vergangenen Jahren entstandene Abmahnindustrie bekämpfen. Wir treten für eine grundlegende Reform der bestehenden Urheberrechtsgesetzgebung in Deutschland und der EU ein. Wir wollen eine Regelung, die den Künstler_innen, Bürger_innen, Forscher_innen, Journalist_innen, Blogger_innen, Universitäten und Schulen, nützt, und dabei die legitimen Interessen der Kulturschaffenden am Schutz und an der gewerblichen Nutzung ihrer kreativen Produkte wahrt und nicht ausschließlich den Medien- und Verlagsgiganten, nützt.

Die Kulturflatrate als Lösungsansatz

Wir setzen uns deshalb für einen fairen Ausgleich zwischen Nutzer_innen und Urheber_innen ein. Ohne eine angemessene Vergütung für die Schaffung geistiger Werke und die Entkriminalisierung legitimer Nutzung ist ein solcher Ausgleich jedoch nicht möglich. Wir setzen uns deshalb für das Recht auf die Privatkopie ein. Gleichzeitig müssen auf der anderen Seite gesetzlich verankerte Modelle etabliert werden, welche eine angemessene Vergütung für nicht-kommerziell erstellte Kopien urheberrechtlich geschützter Werke sicherstellen. Die Einführung einer Kulturflatrate halten wir hier für einen diskussionswürdigen Weg, der jedoch in seiner Anwendbar-

keit stark von der konkreten Ausgestaltung abhängt. Vorbild für die Kulturflatrate ist die Pauschalabgabe auf Kopiergeräte und Leermedien, die vor fast 50 Jahren eingeführt wurde. Eine solche Pauschalabgabe auf Breitband-Internetzugänge in Form einer Kulturflatrate kann nur Teil einer Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sein. In der Diskussion um die Einführung einer Kulturflatrate müssen die gemeinsamen Anstrengungen darauf fokussiert werden, die erheblichen Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung dieses Konzepts glaubhaft zu lösen, bevor individuelle Eigentumsrechte angetastet werden. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass gerade die kleinen und innovativen Kulturschaffenden, die nicht auf eine Unterstützung großer Produktionsfirmen zählen können, nicht faktisch benachteiligt werden. Die Verteilung der Einnahmen aus der Kulturflatrate soll möglichst wenig Verwaltungsaufwand erfordern und systematischen Betrug ausschließen. Bei der Erfassung des Datentransfers muss ein höchstes Maß an Datenschutz für die Nutzer_innen gewährleistet sein. Zudem muss die Frage beantwortet werden, welche Chancen und Risiken sich daraus ergeben, dass die Bundesrepublik mit der Einführung der Kulturflatrate eine weltweite Vorreiterrolle einnehmen würde.

Löschen statt sperren!

Als Partei, die für Freiheit steht und sich gegen Zensur einsetzt, lehnen wir jegliche Form von Netzsperrungen oder der amtlichen Speicherung von Kommunikationsdaten – wie etwa die Vorratsdatenspeicherung – vehement ab. Bürger_innen dürfen staatlicherseits nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Das ist eine Politik des Misstrauens, die das Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Bürger_innen zerstört. In den Schubladen von CDU-Politiker_innen finden sich immer noch Pläne zu Internetsperren, wie sie die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen kurz vor der Bundestagswahl eingeführt hatte. Solch eine Symbolpolitik – Sperren, die technisch leicht umgehbar sind – schützen niemanden. Wir Grüne fordern: Löschen statt sperren! Statt eine Zensurinfrastruktur aufzubauen, müssen Polizei und Staatsanwaltschaft personell verstärkt werden, wenn es um die Suche nach strafrechtsrelevanten Inhalten im Netz geht. Dabei müssen rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten werden. Die Entwicklung, über Regelungen wie den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag immer stärker in die Freiheit der Nutzer_innen einzugreifen (z.B. eine mögliche weitreichendere Haftung von Blogger_innen für Inhalte Dritter), sehen wir kritisch.

„Meine Daten gehören mir“

Grüne Datenschutzpolitik bedeutet „Meine Daten gehören mir!“. Um dieses durchzusetzen, ist Verantwortung auf Seiten der Nutzer_innen und der Anbieter_innen gefragt. Es ist wichtig, dass Bürger_innen nicht jedem Internetangebot persönliche Daten überliefern. Jedoch wollen wir Betreiber von Social Networks gesetzlich verpflichten, dass die Nutzer_innen auch weiterhin die volle Kontrolle über die eigenen Daten haben. In den vergangenen Monaten war der Datenschutz im Internet vor allem im Bezug auf soziale Netzwerke wie Facebook, StudiVZ und werkennt-wen ein wichtiges Thema. Wir sehen es deshalb als notwendig an, dass die Betreiber_innen dieser Plattformen ihren Umgang mit den Daten, die jedeR in den angelegten Profilen ergänzt oder ändert, transparenter gestalten. Die Weitergabe von Daten, darf nicht ohne vorherige Einwilligung der Nutzer_innen geschehen. Aus unserer Sicht muss für die Nutzer_innen nachvollziehbar sein, wohin ihre Daten gelangen könnten. Die Weitergabe dieser sensiblen Daten soll unterbunden werden können und wenn gewünscht, sollte eine Löschung dieser Daten möglich sein. Es muss eine verbindliche Opt-In-Regelung geschaffen werden, so dass die persönlichen Daten nur nach der ausdrücklichen Zustimmung der Betroffenen weitergegeben werden.

Die Rechte der Kommunen und der Bürger_innen stärken

Bilderaufnahmen wie von Google Street View im öffentlichen Raum haben in den Kommunen für viel Diskussionsstoff gesorgt. Für uns Grüne ist klar: Aufnahmen von Dienstleistern wie Google Street View, welche weltweit verfügbar sind, müssen den höchsten datenschutzrechtlichen Ansprüchen genügen. Bürger_innen und Kommunen müssen vorab detailliert über entsprechende Maßnahmen informiert werden. Einspruchsmöglichkeiten müssen für die Bür-

ger_innen einfach einzubringen sein. Vor der Veröffentlichung im Internet müssen die entsprechenden Sequenzen nicht nur durch Computerprogramme, sondern zusätzlich durch Fachpersonal überprüft werden. Dabei müssen vor der Archivierung des Bildmaterials alle Merkmale, welche beispielsweise Rückschlüsse auf den Aufenthaltsort von Personen erlauben, entfernt werden. Kommunen müssen das Recht erhalten, Firmen bestimmte Auflagen erteilen zu können.

Barrierefreiheit verwirklichen!

Wir Grüne legen großen Wert auf Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben. Dazu gehört selbstverständlich auch die uneingeschränkte Partizipation von Menschen mit Behinderungen. Auch bei Online-Angeboten spielt dieser Teilhabe-Aspekt zunehmend eine Rolle. Zwar setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass auch Online-Angebote wie Webseiten oder PDF-Dateien im Netz nicht automatisch für alle Menschen und insbesondere oft nicht für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind, in der Praxis finden sich aber noch erhebliche Defizite. Dies gilt insbesondere für Online-Angebote auf Landes- und kommunaler Ebene. Der Zugang zu Inhalten öffentlicher Webseiten und anderer Online-Inhalte wie auch die Teilhabe an digitalen Bürgerdiensten ist jedoch insbesondere für Menschen mit Behinderungen oft von großer Bedeutung, da beispielsweise Menschen mit Mobilitätseinschränkungen so Wege zu Ämtern erspart werden können. Online-Angebote der öffentlichen Hand müssen daher bis in die kommunale Ebene hinein konsequent barrierefrei gestaltet werden. Des Weiteren setzen wir uns auch dafür ein, dass privatwirtschaftliche Internetangebote barrierefrei gestaltet werden.

Zentrale Forderungen der Grünen Baden-Württemberg:

- ◆ Informationsfreiheit individuell wie kollektiv so einfach wie möglich machen
- ◆ Bereitstellung aller dafür geeigneten öffentlichen Informationen auch in computerlesbarer und standardisierter Form zur Weiterverarbeitung durch Dritte
- ◆ Langfristige Auffindbarkeit, freie Lizenzen und offene Formate für öffentliche Inhalte
- ◆ Unterstützung des Open Access-Prinzips - Pflicht zur zeitnahen Publikation in Open-Access-Formaten für alle öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen, Projekte und alle staatlicherseits in Auftrag gegebene Forschung
- ◆ Unterstützung von Bibliotheken und Archiven in der Aufgabe, Wissen digital bereit zu halten
- ◆ Konsequente Barrierefreiheit für alle öffentlichen Angebote
- ◆ Politische Einforderung von Barrierefreiheit auch bei Unternehmen, Vereinen und Verbänden

Teilhabe heißt: selbst aktiv werden können

Um Teilhabe mit Leben zu füllen, müssen nicht nur der technische Zugang und die entsprechenden Inhalte vorhanden und zugänglich sein – Nutzer_innen müssen zugleich auch über Medienkompetenz verfügen. Gerade im Hinblick auf die Unterschiede in der Nutzung nach sozialer Herkunft, Bildung und Alter ist der Staat hier gefragt, durch Fördermaßnahmen und zielgruppenspezifische Angebote eine aktive Nutzung des Netzes für alle zu unterstützen. Damit ist verbunden, Nutzer_innen nicht nur als Konsument_innen, sondern sie auch als "Produzent_innen" von Inhalten zu sehen. Ein besonderer Stellenwert kommt hier "sozialen Netzwerken" zu. Hier wird durch private Firmen eine inzwischen breit genutzte Infrastruktur zur Kommunikation und Kontaktpflege bereitgestellt. Mit der zunehmenden Bedeutung sozialer Netzwerke wächst die Notwendigkeit, darauf zu achten, dass keine Verstöße gegen den Datenschutz vorliegen. Zudem darf es nicht zu willkürlichen Ausschlüssen kommen. Perspektivisch setzen wir Grüne uns hier für offene Standards ein.

Digitale Bürgerbeteiligung ausbauen!

Wir Grünen wollen die Möglichkeiten digitaler Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg ausbauen und weiter entwickeln. Etwa als Teil von Bürgerhaushalten, bei Petitionen, themenbezogenen partizipativen Prozessen, Bürgerbegehren und Volksbegehren. Im Sinne direktdemokratischer Ideale treten wir für eine digitale Unterschriftensammlungen für Bürgerbegehren und Volksabstimmungen ein. Gerade hier wird aber auch deutlich, dass entsprechende Formate nicht alleine auf das Netz bezogen sein können, um eine breite Beteiligung und Legitimation sicherzustellen. Grundsätzlich geht es uns Grünen nicht um den Showcharakter der digitalen Bürgerbeteiligung, sondern um eine dauerhafte echte Beteiligung. Ein Beispiel für ein gelungenes Instrument der digitalen Bürgerbeteiligung ist die "e-Petition" des deutschen Bundestages. Wir Grünen fordern deshalb dieses Instrument auch für den baden-württembergischen Landtag zu ermöglichen. Baden-Württemberg muss endlich mehr digitale Demokratie wagen.

e-Government

Die Schwester der e-Demokratie ist das e-Government. In diesem Sinne begrüßen wir es, wenn Verwaltungshandeln im Netz nicht nur transparent gemacht wird, sondern das Netz auch zur möglichst breiten Schnittstelle zwischen Bürger_innen und Verwaltung wird. Beispiele dafür sind online ausfüllbare Anträge, Beratungen von Verwaltungsstellen auch per eMail oder die Steuererklärung, die online eingereicht werden kann. Wichtig ist dabei allerdings zum einen, dass das Land, die Kreise und Kommunen hier besonders genau auf den Datenschutz und das Prinzip der Datensparsamkeit achten. Zum anderen muss darauf geachtet werden, dass digitale Teilhabe hier nicht zu Lasten einer bürgerfreundlichen Verwaltung geht: Es muss immer auch möglich sein, als Bürger_in Verwaltungsakte ohne Netzzugang auslösen zu können.

Zentrale Forderungen der Grünen Baden-Württemberg:

- ◆ Förderung der aktiven Teilhabe für alle
- ◆ Nutzer_innen nicht nur als Konsument_innen sehen
- ◆ Datenschutz, der Schutz der Privatsphäre und das Verbot willkürlicher Ausschlüsse sind wichtige Anforderungen an soziale Netzwerke als einer neuen Kommunikationsplattform
- ◆ Öffentliche Arenen der Debatte politisch ernst nehmen und möglichst auch selbst anbieten (Gemeinden, Kreise, Land) – als permanenter Rückkanal
- ◆ E-Petition auch für den Landtag
- ◆ Unterschriftensammlungen für Bürgerbegehren auf kommunaler und Landesebene erleichtern, indem auch im Netz gesammelt werden kann
- ◆ Wir begrüßen es, wenn Verwaltungsakte online möglich sind - wichtig sind dabei Datenschutz, Datensparsamkeit und das Vorhandensein nicht-elektronischer Alternativen, denn Bürgerfreundlichkeit darf nicht unter e-Government leiden.